



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Dienstpflicht in England

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Dienstpflicht in England



Schon vor einigen Wochen, ehe noch die Fassung der neuen Bill bekannt war, meldete der stets gut unterrichtete Londoner Korrespondent des Manchester Guardians, daß ihre Annahme im Unterhause als sicher gelten könne. Er schätzte die Opposition auf nicht mehr als 140 Abgeordnete, obwohl er die Partei der irischen Nationalisten einrechnete. Seitdem haben die Iren, da die grüne Insel von der Wirkung des Gesetzes ausgenommen ist, sich darauf beschränkt, ihrer Opposition prinzipiell Ausdruck zu geben, ohne die Bill, die nur für Großbritannien Geltung haben soll, weiter zu bekämpfen. Die Gegner des Dienstzwanges sind somit numerisch noch schwächer geworden, wenn sie auch in dem früheren Staatssekretär des Innern einen Führer von unzweifelhafter Bedeutung gewonnen haben. Es war keine Frage mehr, daß die Bill mit sehr großer Mehrheit durchgehen würde. Freilich scheint ihre Fassung verschiedene Abschwächungen erhalten zu haben und die radikale „Daily News“ spricht die Hoffnung aus, daß sie überhaupt keine praktische Bedeutung haben werde, zumal, wenn die wieder eröffnete Werbekampagne Lord Derbys auf freiwilligem Wege die Zahl von Rekruten liefert, die Kitchener für notwendig hält.

Un sich ist die Bill nur ein sehr bescheidener Anfang zur militärischen Dienstpflicht. Sie gilt nur für die Dauer des Krieges und für die Unverheirateten, die sich der Werbekampagne Lord Derbys entzogen hatten. Tatsächlich hatte freilich eben schon der Derbysche Werbefeldzug ein tiefes Loch in das Prinzip der Freiwilligkeit gerissen, denn alle denkbaren Formen moralischen Zwanges waren angewendet worden, um die Männer wehrfähigen Alters zu veranlassen, sich zum Heere zu melden. Gleichwohl rief dieser so allmähliche Übergang zur legalen Festlegung des Prinzips des Staatszwanges eine sehr starke Opposition hervor. Wenn sie im Parlament bald verstummte, so erhoben die Arbeiterorganisationen ihre Stimme um so lauter. Vor allem die großen Gewerkschaftsverbände der Bergleute und Eisenbahner, die bisher die einzigen gewesen sind, die sich in corpore vernehmen ließen. Die heißblütigen Bergleute von Südwales redeten sogar von einem politischen Streit, und alle die, die aus Gewissensbedenken (wie einst unsere Mennoniten) gegen die Dienstpflicht sind, haben sich in einem Verein zusammengeschlossen. Aber den Gewissensbedenken trägt die Bill Rechnung, und die großen Gewerkschaftsverbände werden schwerlich Gelegenheit finden, in einen Konflikt mit dem Gesetze zu geraten, denn bereits im

Anfang des Krieges waren viel zu viel Bergleute und Eisenbahner angeworben worden, so daß man die Angehörigen dieser Berufe wohl sämtlich als unabhömmlich behandeln wird. Es ist daher wohl möglich, daß keine neuen Konflikte für die Regierung aus dem Geseße entstehen werden, und daß namentlich keine große Bewegung eines passiven Widerstandes herauskommen wird. Eine parlamentarische Schwächung würde die Regierung allerdings erfahren, wenn die Arbeiterpartei, die zu ihrer Generalversammlung zusammengetreten ist, bei dem früheren Beschluß der nationalen Arbeiterkonferenz verharret, und den Rücktritt der drei Minister Henderson, Brace und Roberts verlangt. Dann träte die Arbeiterpartei endgültig aus der Koalition aus, und diese bestünde nur noch aus den beiden großen Parteien, Liberalen und Unionisten.

Ein zweifellos großer Verlust war für die Regierung und besonders für den Premierminister der Rücktritt von Sir John Simon. Als dieser bei der Bildung des Koalitionsministeriums das Amt des Lordkanzlers, auf das er als bisheriger Attorney-General von Rechts wegen Anspruch hatte, ablehnte und sich zum Staatssekretär des Innern machen ließ, wurde bekannt, daß Asquith ihn zu seinem dereinstigen Nachfolger als Führer der liberalen Partei bestimmt hatte. Früher hatten abwechselnd Sir Edward Grey und Lloyd George als die künftigen Parteiführer gegolten, aber der Krieg hat auch alles dies geändert. Grey hat vollends in den letzten Monaten stark abgewirtschaftet, und Lloyd George hat gerade in den entschiedenen liberalen Kreisen, deren Abgott er früher gewesen war, nahezu alles Vertrauen eingebüßt. Einen Mann wie Simon zu verlieren, zumal mit der Aussicht, damit der Opposition einen Führer zu geben, der ihr bisher fehlte, ist für die Regierung mißlich genug. Andererseits kann es kaum überraschen, daß sie auch diesen Schlag überwunden hat. Denn noch immer besteht keine Möglichkeit, eine andere Regierung zu bilden. Die offizielle Opposition hörte auf zu bestehen, als die Unionisten eine Koalition mit den Liberalen eingingen, und ihre Führer in das Kabinett eintraten. Was sich seitdem an oppositionellen Stimmen im Unterhause vernehmen ließ, bestand aus einzelnen liberalen und unionistischen Abgeordneten, denen es untereinander an Zusammenhang und Organisation fehlte und die keinen Führer besaßen, der gegebenenfalls mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut werden konnte. Ein Teil der unionistischen Presse hat sich zwar bemüht, Sir Edward Carson auf das Piedestal eines künftigen Premierministers zu erheben, aber nur der allerbeschränktesten Parteimeinung kann solcher Mangel an Sinn für Proportion verziehen werden. Da ist Sir John Simon ein Mann von ganz anderem Kaliber. Freilich, ob in absehbarer Zeit Sir John eine Führerstellung einnehmen oder sie auch nur anstreben wird, wird von den Umständen abhängen. Einstweilen bleibt alles beim alten, d. h. die Koalitionsregierung, die im Grunde eine Kombination Asquith-Balfour ist — man denkt unwillkürlich an den Premierminister Balfour in dem Suffragettenstück Bernard Shaw — ist unersehbar und schwer zu beseitigen. Das ändert daran nichts, daß sie innerlich

nicht stärker wird, sondern ihre Kräfte mehr oder weniger langsam verbraucht. Man braucht nur die Reden zu lesen, die Asquith seit dem Tage, als er die Koalition ankündigte, im Unterhause gehalten hat, um den Unterschied gegen sein früheres Auftreten zu ermessen. Von den Reden Greys gilt dasselbe. Freilich, die Erfolge des Foreign Office geben keinen Stoff für oratorische Glanzleistungen. Grey ist ein stiller Mann geworden, und es ist wohl glaublich, daß er, wie man sagt, amtsmüde ist und sich schon lange mit Rücktrittswünschen trägt. Aber auch er ist schwer zu entbehren. Zwar hat man jetzt in Lord Robert Cecil einen Mann, der das Foreign Office mit Geschick und Erfolg im Unterhause vertritt, so daß man einen Peer zum Staatssekretär machen könnte, aber der Rücktritt Greys, der vor allen anderen mit der Kriegspolitik Englands identifiziert wird, würde in Paris einen allzu peinlichen Eindruck hervorrufen. So schleppt sich das Kabinett durch die Ungunst der Zeit hin, an der inneren Unnatur der Koalition krankend, ein Kabinett unausgleichbarer innerer Gegensätze und ewiger Kompromisse, ein Kabinett der langsamen und widerspruchsvollen Entscheidungen. Man kann es schon glauben, daß in England der Wunsch weit verbreitet ist, von diesem Ministerium des Wirrwarrs (muddle) erlöst zu werden. Gäbe es eine verantwortliche Opposition und damit eine alternative Regierung, so wäre das jetzige Kabinett längst gestürzt. Aber die jüngsten Vorgänge haben deutlich gezeigt, daß eine viel größere Krisis und ein viel stärkerer Ansturm dazu gehören würde, um ein neues Ministerium zur Herrschaft zu bringen. Im Dezember ist ja viel von einem Kabinett Lloyd George gesprochen worden. Aber ein neues Kabinett könnte nur durch einen gewaltsamen Sturz des jetzigen und auf den Trümmern der Koalition aufgerichtet werden. Wenn Lloyd George ans Ruder käme, so würde er kein liberales und kein Koalitionsministerium bilden, sondern ein unionistisches. Gerade von liberaler Seite ist das mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden. Wohl die meisten liberalen Minister würden ablehnen, unter Lloyd George zu dienen, noch würde die große Mehrheit der Partei ihn als Führer anerkennen.

Aber auch Unionisten wie Balfour werden schwerlich mitmachen. Vielleicht würde eine ganz neue Parteigruppierung entstehen, aber jedenfalls erst auf den Trümmern der Koalition. Unmöglich wäre eine solche Entwicklung nicht, denn einmal muß doch die Rückkehr zu dem alten System der Parteiregierung erfolgen, und ob das erst nach dem Kriege geschehen wird, steht dahin. Vorläufig aber sind wir noch nicht so weit, und die Tage des Koalitionskabinetts sind noch nicht gezählt.

Was ist nun vom militärischen Gesichtspunkt als das Ergebnis der Dienstpflchtbill zu erwarten? Man erinnert sich, daß beim Ausbruch des Krieges England über ein kleines Expeditionskorps von 160 000 Mann verfügte, das für den Überseedienst bestimmt war, und eine Territorialarmee, die nur zur Landesverteidigung verpflichtet war. Das war das Resultat der Halbanschen Heeresreform, die, nach verschiedenen mißglückten Versuchen des Kabinetts Balfour,

die Armeefrage nach dem vollständigen Zusammenbruch der militärischen Organisation im Burenkriege gelöst hatte. Zwar hatte der verstorbene Lord Roberts zehn Jahre lang die Notwendigkeit eines großen Landheeres gepredigt, aber er fand kein Gehör. Zweifellos bestand ein starker innerer Widerspruch zwischen dieser britischen Wehrverfassung und einer britischen Kontinentalpolitik, wie sie durch die halbamtlichen Abmachungen der englischen mit den belgischen und später mit den französischen Militärbehörden angebahnt war. Aber zugleich bestand in der damaligen Politik des liberalen Kabinetts eine Tendenz, sich aus der Politik des europäischen Kontinents herauszuziehen, und obendrein standen der Verwirklichung von Lord Roberts Ideen im Frieden ungleich größere Schwierigkeiten gegenüber, als später während des Krieges. Jener Widerspruch zwischen Wehrverfassung und Politik wurde akut, als England durch seine Kriegserklärung die Wiederaufnahme seiner Kontinentalpolitik aufs schärfste betonte. Die Wehrverfassung mußte also vollständig geändert werden. Das Expeditionskorps war nach den ersten Kämpfen in Frankreich nur noch ein Bruchteil seiner früheren Stärke. Hier setzte nun Lord Kitcheners Organisation ein, und auch der Gegner darf sein Werk nicht verkleinern wollen. Er hat die heutige britische Armee geschaffen, und zwar unter den allergrößten Schwierigkeiten, denn es fehlte an allem, an Waffen, Munition, Kasernen, Uniformen, und vor allem an Offizieren. Sein Werbesystem hatte einen großen numerischen Erfolg, und bis in die letzte Zeit ist England mit seinem freiwilligen System ausgekommen. Der Appell an den Patriotismus verfehlte seine Wirkung nicht, wenn auch freilich vielfach mit den allergrößten Mitteln gearbeitet werden mußte. Aber die heutige britische Armee ist nach ihrer sozialen Zusammensetzung in demselben Sinne eine nationale Armee wie die des übrigen Europa, während bisher ihr nationaler Charakter nur durch das Offizierkorps verkörpert war, wie in der Armee Friedrichs des Großen. Die Engländer brauchten selbst einige Zeit, um sich diese Umwandlung zu vergegenwärtigen; anfänglich erregte es großes Aufsehen, wenn ein gewöhnlicher „Tommy“ in einem vornehmen Restaurant oder Hotel erschien. Sowohl die oberen als die unteren Klassen haben dem Werberufe in großen Scharen Folge geleistet, dagegen scheint von den Mittelklassen ein verhältnismäßig größerer Teil sich „gedrückt“ zu haben.

Welche Nachteile diese improvisierte Armee haben möge — am meisten soll das neue Offizierkorps zu wünschen übrig lassen, was aber bis zu einem gewissen Grade durch den Stellungskrieg weniger fühlbar wird — die Organisation Kitcheners ist geglückt, und sie ist seit einer Anzahl von Monaten im wesentlichen fertig. Bezweckt nun die neue Dienstpflichtbill eine weitere Vermehrung der Effektivstärke? Und ist eine solche überhaupt noch möglich? Für England bestehen gewisse Grenzen, über die hinaus es sein Heer nicht gut vermehren kann. England hat sich selbst und seine Verbündeten mit Kriegsmaterial zu versorgen, es hat den Krieg der gesamten Koalition zu finanzieren, und es muß seine Staatsfinanzen durch seine Ausfuhrindustrie solvent erhalten. Es

darf also nicht einen so großen Teil seiner Bevölkerung in die Armee stecken, daß es dadurch die Fähigkeit verlöre, jene andern wichtigen Aufgaben zu erfüllen. Lloyd George selbst hat, als er noch Schatzkanzler war, dies als erster formuliert. In letzter Zeit haben der neue Schatzkanzler Mc'Kenna und der Handelsminister Runciman diesen Grundsatz energisch betont. Es wurde sogar ohne Widerspruch von angesehenen Zeitungen gemeldet, daß sie mit ihrem Rücktritt gedroht hätten, wenn das Kabinett nicht einen formellen Beschluß gegen die uferlose Vermehrung der Armee faßte. Nach den letzten Nachrichten scheinen sie mit dieser ihrer Forderung durchgedrungen zu sein, und dadurch erklärt sich auch, daß sie im Kabinett geblieben sind. Ritchener hat im Unterhause erklären lassen, daß die Mannschaften, die die Dienstpflichtbill verspräche, genügten, um „den Sieg zu sichern“. Es ist nicht ganz deutlich, ob diese Grenze, die man jetzt für die Heeresstärke gezogen hat, dem Beschlusse entspricht, den das Kabinett bereits vor mehreren Monaten gefaßt hatte. Damals beschloß es, eine bestimmte Anzahl von Divisionen aufzustellen, und dieser Beschluß ist der französischen Regierung mitgeteilt worden. Es lag also zwar keine förmliche Verpflichtung gegenüber Frankreich vor, jene Anzahl von Divisionen wirklich aufzustellen, aber doch etwas sehr Ähnliches, denn die Franzosen haben natürlich ihre eigenen Pläne diesen Aussichten gemäß eingerichtet. Es ist nun nicht ganz deutlich, ob die Forderung Mc'Kennas und Runcimans darauf hinausging, die Vermehrung des Heeres nicht über jene Zahl von Divisionen zu vermehren, oder ob sie diese Zahl verringert wissen wollten. Nach einigen Äußerungen der „Times“ scheint das letzte der Fall zu sein. Jedenfalls scheint das ganz klar zu sein, daß es sich bei der neuen Bill nicht um die Aufstellung neuer Truppeneinheiten handelt, sondern lediglich um die Beschaffung von Ersatz und Reserven. Es ist ja wiederholt darüber geklagt worden, daß gewissen Truppeneinheiten der nötige Ersatz fehle, und die Bildung der Reserven scheint in der Tat ein schwacher Punkt der Ritchenerschen Organisation zu sein. Was immer das zahlenmäßige Ergebnis der neuen Aushebung auf Grund des neuen Gesetzes sein wird, das wird man annehmen dürfen, daß die neuen Mannschaften nur dazu dienen werden, die bereits bestehenden Divisionen aufzufüllen. Und wenn ihre Zahl dennoch nicht, wie Ritchener so zuversichtlich erklärt hat, „den Sieg sichert“, so wird die Regierung einen Schritt weiter auf dem steinigigen Wege zur allgemeinen Wehrpflicht gehen müssen.

